

Tohuwabohu bei Zahnersatz

SPD-Wahltaktik oder Wiederkehr sozialen Denkens?

(eb) – Als „wenig sinnvolles Mischsystem, das es zumindest partiell zu überdenken gilt“ hat Gesundheitsministerin Ulla Schmidt in einem Brief an die CDU-Gesundheitsexperten Andres Storm und Anette Widmann-Mauz



Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD).

sowie an CSU-Sozialexperten Horst Seehofer die Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Reform bezeichnet. Somit droht die erst kürzlich vom Chef der Kassenzahnärzte Jürgen Fedderwitz gelobte Einigung, die zwischen Medizinern und Krankenkassen im Gemeinsamen Bundesausschuss zu den ab nächstem Jahr geltenden Zahnersatz-Neuregelungen erzielt wurde, erneut zu wan-

ken. Sozialministerin Ulla Schmidt sagte, sie sei grundsätzlich bereit, mit der Union nochmals über die Regelung zu sprechen. Der Ball liege aber bei der Union. Als Gründe für die neue Form der Zurückhaltung werden sowohl Probleme bei der Umsetzung als auch die Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen vermutet. Laut Ministeriumssprecherin beziehen sich Schmidt's Äußerungen jedoch nicht auf die geplante Reform bzw. Versicherungspflicht, sondern auf das Verfahren zum ZE-Beitragseinzug. Die Ministerin schlug vor, an Stelle eines pauschalen Monatsbeitrages diesen besser nach jeweiligem Einkommen gestaffelt prozentual festzulegen. Dies sei „wesentlich sozial verträglicher und weniger bürokratisch“. Rückhalt erhält Frau Schmidt von dem SPD-Sozialexperten und Vorsitzenden des Bundestags-Gesundheitsausschusses Klaus Kirschner, der dafür plädierte, die Zusatzpolice für den Zahnersatz zu kippen. „Ich bin dafür, dass man hier noch einmal mit CDU/CSU in Verhandlungen treten sollte“, sagte er gegenüber der Financial Times Deutschland. [2]

Betrugsverdacht in Sachsen

Globudent-Skandal weitet sich auf Freistaat aus

Leipzig (cs) – Rund anderthalb Jahre nach Bekanntwerden des Skandals um den Millionenbetrug mit Billig-Zahnersatz aus Asien wird nun gegen 27 sächsische Zahnärzte ermittelt. Wie die Leipziger Volkszeitung berichtet, hat die Staatsanwaltschaft Dresden mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet, nachdem die Mediziner im Rahmen der Untersuchungen rund um die Abrechnungsbetrügereien der Mülheimer Firma Globudent ins Visier der Anti-Korruptionseinheit INES geraten wa-

ren. Globudent hatte Zahnärzte dazu bewogen, ihre Patienten mit billigem Zahnersatz aus Asien zu versorgen. Gegenüber den Patienten sowie Krankenkassen hingegen wurden Brücken und Kronen aus Deutschland zu Höchstpreisen nach der geltenden Gebührenordnung abgerechnet. Zur Verschleierung der Herkunft ließ Globudent die Rechnungen an die Ärzte mit Hilfe von Briefkastenfirmen im EU-Raum neu schreiben und die Preise auf deutsches Niveau „anheben“. [2]

Zahnersatz ist absetzbar

„Außergewöhnliche Belastung“ spart Steuern

(eb) – Nicht allzuvielen Steuerzahlern ist bekannt, dass sich auch Zahnersatz in einigen Fällen steuerlich absetzen lässt. Laut Einkommenssteuergesetz ist es möglich, einige Aufwendungen für Krankheiten einkommensmindernd zu berücksichtigen. Dazu gehören auch Aufwendungen für Zahnersatz bzw. der Eigenanteil bei der Zahnbehandlung. Allerdings müssen hierzu Grundvoraussetzungen erfüllt werden. Vor allem im Hinblick auf die Neuerungen im nächsten Jahr bezüglich der Regelung von Zahnersatz ist es wichtig zu wissen, wo Einsparmöglichkeiten existieren.

Auf Anfrage beim Finanzministerium Thüringen waren von Frau I. Hess folgende Informationen zu erfahren: Eine Voraussetzung, um bei Zahnersatz Steuern sparen zu können ist, dass man Erstattungen nicht bereits im Vorfeld von anderer Stelle erhalten hat (z.B. Versicherung oder Beihilfe). Weiterhin ist nur der verbleibende Betrag erstattungsfähig, wenn er die zumutbare Belastungsgrenze übersteigt. Um

diese Grenze herauszufinden, gibt es eine tabellarische Berechnungsgrundlage (siehe EstG, § 33 Außergewöhnliche Belastungen). Diese ist nach Einkommen und Lebenssituation gestaffelt. Anhand der Tabelle ist dann die zumutbare Belastung ablesbar. Ein Rechenbeispiel: Das Jahresbrutto beträgt 30.000 Euro, abzüglich der Werbungskosten bleiben ca. 25.000 Euro. Davon 1% sind 250 Euro, also die zumutbare Belastung. Diese muss vom Steuerzahler selbst übernommen werden. Alles, was dann darüber fällt, wird vom Finanzamt erstattet.

Zudem gibt es eine soziale Staffelung. D.h. je mehr Kinder versorgt werden müssen und je niedriger das Einkommen ist, desto geringer fällt die zumutbare Belastungsgrenze aus. Damit auch jeder bekommt, was ihm vom Staat an Erstattung zusteht, wird empfohlen, dass sich Patienten, entsprechend ihrer individuellen Situation, beim Steuerberater, einem Lohnsteuerhilfeverein oder dem Finanzamt beraten lassen. [2]

Streit um ZE-Neuregelung

Kassen kritisieren Unklarheit über Beitragseinzug für Rentner und Arbeitslose

(cs) – Kaum haben sich die Kassen und Zahnärzte auf eine Neuregelung der Bezahlung von Zahnersatz geeinigt, gibt es schon wieder Streit. Während sich bisher beide Seiten um die sogenannten befundorientierten Festzuschüsse stritten (Die Kassen warfen den Zahnärzten vor, die Regelversorgung abzusenken, um Zusatzleistungen privat teurer abrechnen zu können. Die Zahnärzte hingegen sprachen von einer „böartigen Desinformationskampagne“ der Kassen. Siehe auch das Statement des VDZI auf Seite 4.), streiten die Kassen nun allein. Stein des Anstoßes ist diesmal die ungeklärte Regelung des Beitragseinzugs für rund 20 Mio. Rentner und Arbeitslose. Der künftige Beitrag würde demnach nicht wie bei Arbeitnehmern automatisch durch die Arbeitgeber eingezogen und an die Kassen

überwiesen werden. Vielmehr müssten sich die Kassen den Beitragseinzug der künftigen ZE-Zusatzversicherung laut Gesetz selbst organisieren, was nach Kassenschätzungen

ANZEIGE



mit einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand von bis zu 25% der Versicherungsprämie verbunden wäre. Eine Vorgabe, die nicht nur bei AOK-Chef Hans Jürgen Ahrens auf Unverständnis stößt: „Es kann nicht sein, dass wir ein paar

Euro hinterherlaufen“, so Ahrens gegenüber der Ärzte Zeitung. Als möglicher Ausweg könnte nun der Vorschlag der Kassen gelten, wonach die Renten- und Arbeitslosenversicherung den Einzug der Beiträge übernehmen soll. Dies könnte z.B. so aussehen, dass Renten bzw. Arbeitslosenhilfen dann automatisch um die rund 8 € für die ZE-Versicherung gekürzt würden. Mit diesem so genannten Quellenabzugsverfahren zeigt sich auch die Union einverstanden, welche von Gesundheitsministerin Schmidt kritisiert wurde, eine „unbürokratische“ Lösung des Problems verhindert zu haben. Die Kassen hatten bereits eine Verschiebung des für Januar 2005 geplanten Starts der ZE-Neuregelung um ein halbes Jahr angekündigt, falls Regierung und Opposition nicht umgehend handeln würden. [2]

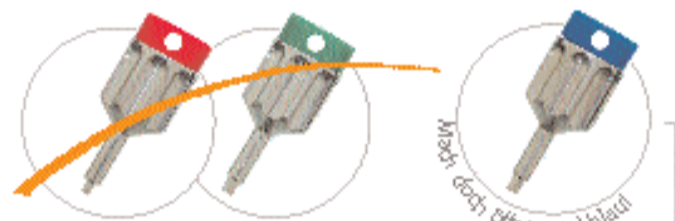
zt Kurznotiert

Hohes Kassendefizit. Ein höheres Defizit als ursprünglich angenommen haben die gesetzlichen Krankenkassen für 2003 vorzuweisen. So betrug das Finanzloch anstelle der im März 2003 vorausberechneten 2,9 Mrd. tatsächlich 3,5 Mrd. €. Nach Angaben von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt lag der Schuldenstand aller Kassen bei insgesamt 6 Mrd. €. Schmidt betonte, dass die Verschuldung weniger dramatisch ausgefallen sei als deren bisherige Schätzungen von 5,5 Mrd. €. Die Differenz von 500 Mio. € sei vielmehr dem höheren Defizit aus 2003 geschuldet, so eine Sprecherin des Ministeriums. (Süddeutsche Zeitung)

Weniger Einsparungen. Nach Einschätzung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KBV) werden die von Politik und Apothekern im Vorfeld angekündigten Einsparungen der GKV bei Arzneimitteln in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen. Laut Aussagen von KBV-Sprecher Roland Stahl gegenüber der F.A.Z. „werden die Einsparungen allenfalls 1,4 bis 1,8 Mrd. € ausmachen“, was ungefähr die Hälfte der offiziellen Schätzung wäre. Demnach sei nicht davon auszugehen, „dass das Ziel von 13,6% Beitragssatz in absehbarer Zeit erreicht werden kann.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

ANZEIGE

SCHLUSS MIT ROT-GRÜN!



NEU!

Tapered

Straight

RENOVA™ RBM mit Innensechskant

- Lebenslange Garantie
- Für die überwiegenden Versorgungen ist nur 1 Schraubendreher (blau) nötig
- Gutschriften oder Umtausch ohne zusätzliche Kosten
- Erfahrene, kompetente, freundliche und motivierte Mitarbeiter
- Kurze Entscheidungswege
- Zuverlässiger Lieferservice
- 3% Skonto bei jeder Lieferung
- Teilzahlungsprogramm für Ihre Patienten
- Flexible & individuelle Paketangebote

JETZT EIN- ODER UMSTEIGEN!

Fax: +49 22 22 / 97 73 56

- Bitte senden Sie mir weitere Informationen!
- Bitte senden Sie mir ein Bestellformular!
- Bitte besuchen Sie mich in meiner Praxis!

Praxisadresse/Stempel

Name _____

Strasse Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon/Fax _____

LIFECORE BIOMEDICAL

Lifecore Biomedical GmbH

Jägerstr. 66 • 53347 Alfter (bei Bonn)

+49 22 22 / 92 94 0 • 97 73 56

kundeninfo@lifecore.de • www.lifecore.de